

Umweltausschuß des Landkreises lehnt Verzicht auf PVC ab

PK 6. 11. 96

Pfaffenhofen. Keine Mehrheit konnte die Fraktion der Grünen/ÖDP für ihren Antrag zur PVC-Vermeidung im Natur- und Umweltausschuß des Kreistages mobilisieren. Die Öko-Parteien hatten vorgeschlagen, daß künftig bei allen Neuanschaffungen, Bau- und Renovierungsmaßnahmen weitgehend auf die Verwendung PVC-haltiger Produkte verzichtet wird. Der Grund: Im Brandfall entwickle PVC hochgiftige Gase. Außerdem sei seine Entsorgung problematisch.

Der Stadtrat verabschiedete bereits im Sommer einen gleichlautenden Antrag von Grünen/ÖDP und zog damit die Konsequenz aus der Düsseldorfer Flughafen-Katastrophe. Doch Landrat Rudi Engelhard zeigte sich ablehnend: Der Bund/Länder-Ausschuß Umweltchemikalien (BLAU) und die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages hätten sich ausführlich mit dem Thema PVC befaßt und seien zu dem Schluß gekommen, daß ein ökologisch vertretbarer Umgang mit PVC-Produkten möglich ist – wenn bestimmte Empfehlungen beachtet würden. Dazu zählten vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Recyclingmöglichkeiten. Und dieser Forderung sei die Industrie in der Zwischenzeit „weitgehend nachgekommen“.

Im Bayerischen Landtag sei der Antrag auf PVC-Verzicht im Oktober jedenfalls abgelehnt worden. Die Oberste Baubehörde und auch das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen verträten den Standpunkt, daß die Auswertung des Brandfalls am Düsseldorfer Flughafen erst einmal abgewartet werden sollte, bevor die bisherige Haltung zum PVC überprüft werden könne.

In einem Zwischenbericht Ende August kam der vom Rechtsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags eingesetzte Gutachter immerhin zu dem Ergebnis, daß das PVC nach ersten Ermittlungen weder für die Entstehung des Brandes noch für seine Ausbreitung ursächlich gewesen sei. Die Hauptquelle für Dioxine seien vielmehr polychlorierte Biphenyle (PCB) gewesen, die im Flughafen in Fugenmassen oder als Flamm-

schutzmittel in Dämmatten in großem Umfang eingesetzt wurden.

Im übrigen, so betonte Engelhard, spiele der Umweltschutz schon seit Jahren eine wichtige Rolle bei der zentralen Beschaffung des Landratsamtes. „Wir halten uns an die Anregungen im Handbuch des Umweltbundesamtes für Neuanschaffungen.“ Das gelte sowohl für neue Schreibtische im Landratsamt als auch für Bodenbeläge in den Gebäuden des Landkreises (wie Schulen, Turnhallen, Dienstgebäude), die mit alternativen Bodenbelägen ausgestattet wurden.

Eine Ausnahme bildeten lediglich Elektroleitungen: Hier würden in der Regel noch PVC-haltige Produkte eingesetzt. „Man könnte auch hier alternative Materialien verwenden. Aber damit wären erhebliche Mehrkosten verbunden. Beim Neubau des Gymnasiums in Wolzrach entstünden dadurch allein bei der Elektroinstallation Mehrkosten von ca. 500 000 bis 700 000 Mark“, erklärte Engelhard an Georg Brauneis gewandt, den Vertreter der Fraktionsgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen-ÖDP im Umweltausschuß.

Der verteidigte den Antrag: „Was in dem Zwischenbericht steht, kann man nicht für bare Münze nehmen“, erklärte Brauneis. Oft genug habe er es erlebt, daß ein Gutachten dem anderen folge und genau das Gegenteil des vorhergehenden behauptete. Außerdem stehe das letzte gerichtliche Wort zum Unglück am Düsseldorfer Flughafen noch aus. „PVC ist einfach sehr gefährlich bei Bränden und deshalb sollten wir auf die Verwendung dieses Materials verzichten. Das sind wir unserer Umwelt schuldig“, so Brauneis. Doch Engelhard hatte noch ein Argument gegen die Erklärung zum PVC-Verzicht vorzubringen, das sogar die große Mehrheit der SPD-Fraktion überzeugte: „Wir sind ein bedeutender Standort der Chemie und sollten uns deshalb nicht durch diskriminierende Äußerungen über PVC und PVC-Produkte hervortun.“ Gegen die Stimmen von Georg Brauneis (ÖDP) und Inge Schreistetter (SPD) lehnte der Ausschuß den Antrag zur PVC-Vermeidung ab. nil